

D **GESCHICHTE UND LÄNDERKUNDE**

DA **ALLGEMEINES; EPOCHEN**

DGAA **Deutschland**

Personale Informationsmittel

Wilhelm von PREUSSEN

Geschichtspolitik

AUFATZSAMMLUNG

22-2 **Die Hohenzollerndebatte** : Beiträge zu einem geschichtspolitischen Streit / hrsg. von Frank-Lothar Kroll, Christian Hillgruber, Michael Wolffsohn. - Berlin : Duncker & Humblot, 2021. - 410 S. : 24 cm. - ISBN 978-3-428-18392-0 : EUR 29.90
[#7782]

Diskussionen sind in der Geschichtswissenschaft nicht nur üblich, sie sind ein wesentliches Element der Disziplin. Daß Sachverhalte aus der Vergangenheit unterschiedlich bewertet werden, kann an unterschiedlichem Umfang und Fokus der jeweils geleisteten Quellenarbeit liegen, aber auch an der vorgeprägten und/oder politischen Haltung der Forschenden, und es wird bei allem notwendigen Streben nach vollkommener Neutralität auch immer an der durch den Zeitgeist geprägten Persönlichkeit der Autoren liegen. Theodor Heuss wußte schon: Jede historische Studie sagt in erster Linie etwas über deren Urheber aus.¹ In Anbetracht dessen sind also unterschiedliche Auffassungen über historische Zusammenhänge unvermeidlich und hierüber kann daher und muß auch diskutiert werden. Selten gerät eine solche wissenschaftliche Debatte in der Geschichtswissenschaft zur handfesten Konfrontation. Hierfür sind der sogenannte Historikerstreit über den Holocaust oder die bis heute heftig geführte Kontroverse um die Kriegsschuldfrage des Ersten Weltkrieges Beispiele.² Die erhitzten Gemüter in Gesellschaft, Politik und Wissenschaft um die Rede von Bundespräsident Gustav Heinemann (SPD) zum 100. Jahrestag der Reichsgründung 1871

¹ **Der Kampf um das deutsche Geschichtsbild** / Theodor Heuss. // In: Die Hilfe : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und geistige Bewegung. - 1934,12 (16 Juni). - S. 280 - 283.

² **Zeitgeschichte, Wissenschaft und Politik** : der "Historikerstreit" - 20 Jahre danach / hrsg. von Volker Kronenberg. - Wiesbaden : VS, Verlag für Sozialwiss., 2008. - 201 S. - ISBN 978-3-531-16120-4. - **"Historikerstreit" und Nationswerdung** : Ursprünge und Deutung eines bundesrepublikanischen Konflikts / Gerrit Dworok. - Köln u.a.] : Böhlau, 2015. - 528 S. ; 23 cm. - Zugl.: Würzburg, Univ., Diss., 2015. - ISBN 978-3-412-50198-3.

schiene hingegen nur eine Episode gewesen zu sein. Hatte das Staatsoberhaupt doch bilanziert: „Hundert Jahre Deutsches Reich – das heißt eben nicht einmal Versailles, sondern zweimal Versailles, 1871 und 1919, und das heißt auch Auschwitz, Stalingrad und bedingungslose Kapitulation von 1945.“³ Doch schien sich die Lage seither beruhigt zu haben und die BRD mit relativem Desinteresse auf den erneuten runden Jahrestag 50 Jahre später zuzusteuern. Die seit Jahren andauernde Diskussion um die historische Bedeutung der Ereignisse während der deutschen Kolonialherrschaft in Verbindung mit Entschädigungs- und Rückgabeforderungen der Nachkommen der Kolonialvölker sowie schließlich die Entwicklung der Black-Lives-Matter-Bewegung auch in der BRD haben im Vorfeld des 150. Jahrestag der Reichsgründung die Debatte intensiviert und das Bewußtsein sensibilisiert. Diese spezifische Situation wird durch die seit Jahren andauernde Auseinandersetzung um Entschädigungsforderungen der Hohenzollern noch komplexer. Als Familienoberhaupt verhandelte Georg Friedrich Prinz von Preußen seit 2014 mit dem Land Brandenburg über die Rückgabe mehrerer tausend Kunstgegenstände sowie ursprünglich auch über das Wohnrecht im Potsdamer Schloß Cecilienhof, dem letzten Schloßbau der Hohenzollern.

Es mag sich nun mancher Leser die Frage stellen, warum dieser Kontext für die Rezension eines Buches über die Hohenzollern in Erinnerung gerufen wird. Alle diese Auseinandersetzungen, die Historiker führten und führen, scheinen gegenwärtig in der „Hohenzollerndebatte“ sich zu einem Konglomerat zu vermengen und zu entladen: Reichsgründung, Kolonialismus, Weltkrieg, Nationalsozialismus und somit der Holocaust. Denn die Debatte über die preußische Dynastie umfaßt die zentrale Frage, ob Angehörige des Hauses dem Nationalsozialismus „erheblichen Vorschub“ leisteten und damit letztlich eine Schuld an der Katastrophe zukommt. In der Konsequenz wurde der Streit auf die Rolle der Familie in der Geschichte ausgedehnt – eben die Verantwortung in der einstigen deutschen Kolonialpolitik und das Verhalten von Kaiser Wilhelm II. beim Ausbruch des Ersten Weltkrieges. Solch eine Diskussion kann für die Geschichtswissenschaft gewinnbringend sein. Doch die emotionale Anspannung sowie die aggressive Vorgehensweise hat die „Hohenzollerndebatte“ eher zu einem Sinnbild für die gesellschaftlichen Konflikte der BRD werden lassen und den Mangel an Diskussionskompetenz vor Augen geführt.

Im Zentrum der Konfrontation steht die Rolle des letzten Kronprinzen in der Spätphase der Weimarer Republik und in der Anfangszeit der nationalsozialistischen Herrschaft. Die Frage ist, ob Wilhelm von Preußen Hitler im Vorfeld von dessen Kanzlerschaft beziehungsweise bei der Konsolidierung des Regimes „erheblichen Vorschub“ geleistet hat. Der konfliktpotenzierende Faktor ist hierbei, daß von dieser Beurteilung abhängt, ob der gegenwärtige

³ **100. Jahrestag der Gründung des Deutschen Reiches** : (über alle Rundfunk- und Fernsehveranstaltungen der Bundesrepublik am 17. Januar 1971) / Gustav Heinemann. - // In: Texte zur Deutschlandpolitik. - Bd. 6. 29. Juni 1970 - 26. Januar 1971 / hrsg. vom Bundesministerium für Innerdeutsche Beziehungen. - Bonn u. a. : Deutscher Bundes-Verlag, 1971. - 383 S., S. 345 - 350, hier S. 348.

Chef des Hauses Hohenzollern, Georg Friedrich Prinz von Preußen, Anspruch auf eine Entschädigung hat, die durch Enteignungen der DDR entstanden. Ein Blick in die Forschungsliteratur zu Kronprinz Wilhelm war bis vor wenigen Jahren eher unbefriedigend. So lag beispielsweise aus dem Jahr 1954 die Arbeit von Paul Herre vor, ab 1920 Regierungsrat im Auswärtigen Amt, im Jahr darauf Direktor im Reichsarchiv. Seine Nähe zum NS-Regime kam in zahlreichen Publikationen zur Geltung. In seiner Kronprinzenbiographie nach dem Krieg verurteilte Herre zwar den Nationalsozialismus und die Haltung des einstigen Thronfolgers. Doch durch seine sich hauptsächlich auf publizierte Erinnerungen, eben zu diesem Zeitpunkt bereits erschienene Rechtfertigungsliteratur, stützende Quellarbeit überschätze er auch Wilhelms „Rolle in der deutschen Politik“.⁴ Der Germanist Klaus W. Jonas griff zwar 1962 in größerem Umfang auf Archivgut zurück, doch liest er sich mehr wie eine Entschuldigungsschrift für den Kronprinzen.⁵ Qualitativ noch schwächer war die Arbeit von Helmut Ries aus dem Jahr 2001. Neben manchen inhaltlichen Fehlern muß sich der Autor, Gründungsmitglied der Historischen Gesellschaft Glücksburg, ankreiden lassen, das Verhältnis zum Nationalsozialismus nur rudimentär zu berücksichtigen und darüber hinaus den Kronprinzen zu überhöhen. Das wird beispielsweise daran deutlich, daß er als Bilanz über Wilhelm eine Aussage von dessen Frau für gültig erklärt: „Hätte der Kronprinz die Stelle erhalten, für die er geboren war, dem deutschen Volke wäre mit Sicherheit vieles erspart geblieben [...]“.⁶ Ebenfalls selektiv ist auch die Darstellung von Friedrich Wilhelm Prinz von Preußen über **Das Haus Hohenzollern 1918-1945**, wenn auch die Familie als Teil der Einflußsphäre des Nationalsozialismus nicht bestritten wird.⁷

Das im Auftrag des brandenburgischen Finanzministers Christian Görke (Die Linke) erstellte Gutachten der Historiker Peter Brandt und Stephan Malinowski bejahte nun den Vorwurf, der Kronprinz habe dem Nationalsozialismus „erheblichen Vorschub“ geleistet. Malinowski versah sein Buch **Die Hohenzollern und die Nazis** dann auch mit dem Untertitel *Geschichte einer Kollaboration*.⁸ Diese Auffassung vertrat im weiteren Verlauf auch Karen

⁴ **Kronprinz Wilhelm** : seine Rolle in der deutschen Politik / Paul Herre. - München : Beck, 1954. - IX, 280 S. : Ill.

⁵ **Der Kronprinz Wilhelm** / Klaus W. Jonas. - Frankfurt am Main : Scheffler, 1962. - 333 S. : Ill.

⁶ **Kronprinz Wilhelm** / Helmut Ries. - Hamburg : Mittler, 2001. - 208 S. : Ill. : 24 cm. - ISBN: 3-8132-0775-7, S. 191.

⁷ **Das Haus Hohenzollern 1918-1945** / Friedrich Wilhelm Prinz von Preußen. - München : LMV, 2021. - 429 S. ISBN 978-3-7844-3617-3.

⁸ **Die Hohenzollern und die Nazis** : Geschichte einer Kollaboration / Stephan Malinowski. - Berlin : Propyläen, 2021. - 752 S. Ill., Kt., genealogische Tafel ; 22 cm. - ISBN 978-3-549-10029-5. - Diese Publikation wurde am 30.5.2022 mit dem mit 25.000 EUR dotierten Deutschen Sachbuchpreises 2022 ausgezeichnet:

<https://www.boersenblatt.net/home/der-siegertitel-ausgezeichnet-recherchiert-und-brillant-erzaehlt-241731> [2022-05-30].

Urbach.⁹ Diesem Gutachten widersprachen unter anderem Christopher Clark und Wolfram Pyta, deren Gegendarstellungen im Auftrag von Prinz Georg Friedrich entstanden waren. Wolfram Pyta sieht es als erwiesen an, daß Kurt von Schleicher, Gregor Strasser und Kronprinz Wilhelm „die Reichskanzlerschaft Hitlers zu verhindern suchten“.¹⁰ Lothar Machtan stellte in seinem Buch über den Kronprinzen dessen Hauptziel heraus, die Monarchie wieder einzuführen, wozu er mit Hitler zu paktieren bereit war. Letzterer habe aber das Haus Hohenzollern für seinen Weg zur Macht zwar temporär benutzt, aber nicht benötigt.¹¹ Den letzten Schritt zur Eskalation erzielte dann ein Artikel von Eva Schlotheuber, zu diesem Zeitpunkt Präsidentin des Verbandes der Historiker und Historikerinnen Deutschlands, am 9. September 2020 in der **Frankfurter Allgemeinen**. Die Mediävistin vertrat die Ansicht, daß die Geschichtswissenschaft in Deutschland einhellig der Meinung sei, der Kronprinz habe dem Nationalsozialismus „erheblichen Vorschub“ geleistet. Das Buch **Schatten des Kaiserreichs** des Marburger Historikers Eckart Conze lieferte noch den letzten Kontext, vor dem das Buch über die „Hohenzollerndebatte“ entstand. Der Autor kritisiert hier eine ihm zu unkritische Sicht auf den 1871 entstandenen Nationalstaat und bilanziert zum Schluß, wie schon zuvor meist ohne stichhaltigen Beleg: „Unkritisch und offensiv bekennt sich ein neuer Nationalismus zur preußisch-deutschen Nationalgeschichte und stellt die Berliner Republik in ihre schwarz-weiß-rote Tradition.“¹² Conze sorgt sich somit um den Fortbestand der Demokratie, sollte dem Kaiserreich im Geschichtsbild zu viel abgewonnen werden. In dieser Diskussion wollen die drei Herausgeber des vorliegenden Bandes unter dem Titel **Die Hohenzollerndebatte** „hier Abhilfe schaffen“. Wenig erfreulich sei „die starke Emotionalität und bedauerliche inhaltliche Einseitigkeit, mit der die Debatte mitunter geführt wird.“ „22 Beiträge von 23 Experten aus Geschichtswissenschaft, Rechtswissenschaft, Journalismus und Politik ordnen die Debatte sachkundig ein“, so die Herausgeber. (S. 5) Hierfür hat es bereits deutlich Kritik gegeben. Andreas Kilb nannte den Sammelband im Januar 2021 ein „lärmendes Rückzugsgefecht“ aus „konservativer Sicht“. „Was es jetzt braucht, ist keine weitere Meinung mehr [...]“.¹³

⁹ **Nützliche Idioten** : die Hohenzollern und Hitler / Karen Urbach. - // In: Preußen-
dämmerung : die Abdankung der Hohenzollern und das Ende Preußens / hrsg.
von Thomas Biskup, Truc Vu Minh und Jürgen Luh. - Heidelberg : arthistori-
cum.net, 2019. - 140 S. : Ill. - (Kulturgeschichte Preußens - Colloquien ; 8/2019).

¹⁰ **Drei Männer gegen Hitler** : wie Kurt von Schleicher, Gregor Strasser und Kron-
prinz Wilhelm die Reichskanzlerschaft Hitlers zu verhindern suchten / Wolfram
Pyta. // In: Zur Debatte. - 48 (2018), Sonderheft zur Ausgabe 6/2018, S. 11 - 15.

¹¹ **Der Kronprinz und die Nazis** : Hohenzollerns blinder Fleck / Lothar Machtan. -
Berlin : Duncker & Humblot, 2021. - 300 Seiten : Illustrationen ; 24 cm. - ISBN
978-3-428-18394-4.

¹² **Schatten des Kaiserreichs** : die Reichsgründung von 1871 und ihr schwieriges
Erbe / Eckart Conze. - Originalausgabe. - München : dtv, 2020. - 288 S. ; 21 cm. -
ISBN 978-3-423-28256-7, S. 255.

¹³ **Vor dieser Mitsprache muss man sich hüten** / Andreas Kilb. // In: Frankfurter
Allgemeine. - 2021-01-16: <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/debatte->

Wenngleich er im November desselben Jahres etwas versöhnlicher bilanzierte: „Die Hohenzollerndebatte, das ist sicher, wird uns noch viel Grund zur Heiterkeit geben.“¹⁴ Christian Schröder schrieb im Tagesspiegel, das „Buch zieht eine Bilanz – und spart nicht mit Polemik“.¹⁵ Andreas Fritsche nannte das Buch eine „Propaganda für ehemalige Potentaten“ und meinte, wer „den Hohenzollern schaden möchte, der sollte ein Buch dieser Machart schreiben“. Zu empfehlen waren ihm unter den Beiträgen lediglich nur „die Ausführungen den Historikern Peter Brandt und Lothar Machtan“ und „die juristischen Erläuterungen zu dem Entschädigungsfall“.¹⁶ Hier soll nun noch einmal der Versuch einer kritischen Würdigung des Bandes zur **Hohenzollerndebatte** unternommen werden.

Das Buch besteht aus sechs Themenkomplexen:¹⁷ Nach I. *Juristische und historiographische Klarstellungen* sollen die II. *Kontroversen* aufgegriffen werden, bevor es unter III. *Kronprinz Wilhelm von Preußen und die Frage der „Vorschubleistung“* zum Kern des neuen Historikerstreites geht. Der nächste Themenbereich IV. *Kaiserreich in der Diskussion* möchte „neue Interpretationen“ aufzeigen, während unter V. *Vergleichsperspektiven* aufgegriffen werden. Im letzten Komplex VI. *Streitfragen im Gespräch* werden drei Interviews wiedergegeben. Über ein Orts-, Personen- oder Sachwortverzeichnis verfügt der Band leider nicht. Es gibt lediglich ein Verzeichnis der *Autoren und Herausgeber des Bandes*.

Im ersten Themenkomplex leiten Ulrich Schlie und Thomas Weber mit einem einführenden Aufsatz *Trouble mit den Hohenzollern? Das Haus Preußen zur Zeit des Nationalsozialismus und in der Gegenwart* ein. Sie kritisieren die „hochgradig emotionalisierte“ Diskussion und führen den Vorwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Deutschen Bundestag, die Entschädigungsforderungen der Hohenzollern seien ein „Angriff auf unsere Republik“, als absurd vor (S. 13). Sie bemängeln weiter: „Ein ‚erheblicher Vorschub‘ wird über eine Beschreibung der Aktivitäten Wilhelms thesenhaft behauptet, ohne dass überhaupt die Wirkung seines Handelns empirisch gemessen

um-die-hohenzollern-und-sammelband-17685647.html [2022-05-28; so auch für die weiteren Links].

¹⁴ **Preußen gegen Jakobiner** / Andreas Kilb. // In: Frankfurter Allgemeine. - 2021-11-29: <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/das-naechste-kapitel-in-der-hohenzollerndebatte-17658343.html>

¹⁵ **Debatte um Rolle bei Hitlers Aufstieg** : wie braun waren die Hohenzollern? / Christian Schröder. // In: Der Tagesspiegel. - 2021-11-30:

https://m.tagesspiegel.de/kultur/debatte-um-rolle-bei-hitlers-aufstieg-wie-braun-waren-die-hohenzollern/27845274.html?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F

¹⁶ **Propaganda für ehemalige Potentaten** : Geschichts- und Rechtswissenschaftler bringen ein Buch zu den Hohenzollern heraus, das zu unkritisch ist / Andreas Fritsche. // In: nd : Journalismus von links. - 2021-12-12:

<https://www.nd-aktuell.de/artikel/1159906.hohenzollern-propaganda-fuer-ehemalige-potentaten.html>

¹⁷ Inhaltsverzeichnis: <https://d-nb.info/1240773897/04>

worden ist.“ (S. 13) Zutreffend ist auch die Aussage: „Bei der seit zwei Jahren geführten Debatte geht vieles durcheinander: Hitlers Aufstieg zur Macht, der Anteil der Konservativen am Untergang der Weimarer Republik, die langen Schatten der Reichsgründung vor 150 Jahren, eine angebliche Weichzeichnung des Kaiserreichs, die Kriegsschuldfrage und das Ende der Monarchien, die Wiederkehr des Wilhelminismus als drohende Gefahr für das 21. Jahrhundert, das Selbstverständnis und die politische Ordnung des heutigen Deutschlands“ (S. 13). Sie erklären zudem: „Auch so manche Äußerung des Hauses Hohenzollern war wenig geeignet, zur Versachlichung beizutragen“ (S. 14). Für Schlie und Weber zeigt eine „umfassende Analyse“, „dass der ehemalige Kronprinz – bei allen politischen Fehlurteilen und seinen Annäherungsversuchen an Hitler in der Schlussphase der Weimarer Republik und den frühen Jahren des Dritten Reiches – keinen nennenswerten Anteil daran hatte“ (S. 14). Die Annäherungsversuche an Adolf Hitler seien „untrennbar mit seinem Hauptziel verbunden, die Hohenzollernmonarchie in Deutschland zu restaurieren“ (S. 15). Zudem habe der Kronprinz auch schon vor 1918 „keinen bestimmenden Anteil an politischen Entscheidungen“ besessen (S. 15). Das „Charisma Wilhelms war, anders als jetzt behauptet wird, von begrenzter Wirkung“ (S. 15). Hierfür dienen ihnen die geringen Wahlerfolge der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) als Beleg. Gleichwohl sei der vormalige Kronprinz von „militaristischen Gesellschaftskonzeptionen“ (S. 16) geprägt gewesen und habe der „Demokratie von Weimar nie viel abgewinnen können“ (S. 18). In seinen monarchischen Restaurationsversuchen agierte er „weder planvoll noch stetig, vielmehr erratisch“ (S. 18). Aus den Anfangsjahren der NS-Herrschaft „sind vielfältige Zeugnisse überliefert, die den ehemaligen Kronprinzen als Parteigänger Hitlers ausweisen, freilich ohne dass er jemals Mitglied der NSDAP geworden wäre“ (S. 19). So sei er „geduldeter, bisweilen belächelter Mitläufer am Rande“ geblieben (S. 19). An einer „Echtheit der von Wilhelm von Preußen öffentlich geäußerten Sympathien für den Nationalsozialismus“ können jedoch „keine Zweifel“ bestehen (S. 20). Die Vorschub-These wird jedoch verworfen: „Er stand Hitler und den anderen führenden Nationalsozialisten nicht nahe genug, um in dem engeren Zirkel der Macht in Partei oder Staat an wesentlichen politischen Überlegungen unmittelbar vor oder nach der Machtergreifung beteiligt gewesen zu sein“ (S. 21). Die Fotos des Kronprinzen mit NS-Funktionären werden als Beweis verworfen: „Dafür müsste nachgewiesen werden, dass das Foto von vielen Publikationen abgedruckt wurde und auch eine Wirkung entfaltet hatte“ (S. 23). Als haltlos gilt für Schlie und Weber auch der Vorwurf von Bündnis 90/Die Grünen, die Annäherung des Kronprinzen habe eine für Hitler günstige Wirkung im Ausland entfaltet: „Eine signifikante Wirkung Wilhelms auf die amerikanische Innen- und Außenpolitik entbehrt so sehr jeglicher Plausibilität, dass sie nicht nur behauptet, sondern auch bewiesen werden müsste“ (S. 30). Schlie und Weber führen auch die propagandistische Verdrängung der Hohenzollern an, etwa durch das Bestreben von Goebbels, Berichte über den 75. Geburtstag von Wilhelm II. in der Presse zu unterbinden. Dies belegt aber die Distanz der Nationalsozialisten zu den Hohenzollern und nicht umgekehrt.

Christian Hillgruber und Philipp Bender stellen sich die Frage, ob „der ehemalige Kronprinz Wilhelm von Preußen dem nationalsozialistischen System erheblichen Vorschub geleistet“ habe, und thematisieren die Auslegung und Anwendung von § 1 Abs. 4 des Ausgleichsleistungsgesetzes. Sie erklären: „Was die Unterstützung Hitlers im zweiten Wahlgang angeht, so mag diese zwar geeignet gewesen sein, der späteren Machtergreifung Hitlers zu dienen“ (S. 49). Die Erfolge seien aber ausgeblieben. Schließlich sei „Kronprinz Wilhelm an den entscheidenden, im Dezember 1932 und Januar 1933 geführten Gesprächen, die zur Bildung einer neuen Reichsregierung unter der Kanzlerschaft von Adolf Hitler führten“, nicht beteiligt gewesen (S. 51). Die Präsenz des Kronprinzen am 21. März 1933 beim „Tag von Potsdam“ sei für das Zustandekommen des Ermächtigungsgesetzes nicht relevant gewesen (S. 53). Hillgruber und Bender erklären richtig: „Ob einflussreiche einzelne Persönlichkeiten im (protestantischen) Adel, konservativen Bürgertum oder in der Reichswehr, die bis dahin dem Nationalsozialismus und seinem Führer Adolf Hitler skeptisch bis ablehnend gegenüberstanden, durch den ‚Tag von Potsdam‘ und insbesondere durch die Gegenwart des Kronprinzen an den dortigen Festlichkeiten zu einer positiven Haltung zum NS-Regime bewegt worden sind oder ob sich bei ihnen etwa noch vorhandene Zweifel zerstreut haben könnten, ist nicht zu verifizieren“ (S. 53). Die Wirkung der Presseberichte zur Unterstützung des Nationalsozialismus gilt ihnen ebenfalls als nicht meßbar. Gleichwohl muß für sie Teil der Bilanz bleiben: „Dass sich der Kronprinz damit in hochnotpeinlicher und wahrheitswidriger Weise in den Dienst des Regimes stellte und dessen Reputation im Ausland aufbessern wollte, ist unbestreitbar“ (S. 54). Doch auch Hillgruber und Bender bezweifeln den Effekt und behaupten: „Die Stimme des Kronprinzen hatte im Wesentlichen nur für das noch monarchistisch gesonnene, altkonservative Bürgertum Relevanz“ (S. 55). Dieser Satz wird allerdings von Kilb zu Recht kritisiert. Denn so sehr es zutrifft, daß die Vertreter der Vorschub-These die behauptete Wirkung des Kronprinzen nicht beweisen können, so sehr fehlt es auch diesen beiden Autoren an einem Beleg. Wichtig ist hingegen die Erinnerung von Hillgruber und Bender: „Mitglied der Motor-SA wurde der Kronprinz im Januar 1934 nicht durch aktiven Eintritt, sondern durch passive Eingliederung des gesamten Stahlhelms in die SA und der Krafftahr-Staffel des Stahlhelms, der der Kronprinz angehört hatte, in die Motor-SA“ (S. 56). Jene Motor-SA verließ Wilhelm bereits im Juni 1936 wieder.

Als Anklageschrift liest sich der Aufsatz von Klaus Ferdinand Gärditz mit der Überschrift: *Historischer Sachverstand und rechtliche Entscheidungsverfahren. Die „Hohenzollerndebatte“ als Testfall*. Gärditz hat zunächst recht, wenn er schreibt: „Lautstarke Teile der Historikerszene haben ihren wissenschaftlichen Auftrag als Geschichtspolitik im Schlepptau politischer Macht missverstanden und sich auf das Wagnis eingelassen, Wertungen jenseits der eigenen fachlichen Kompetenzgrenzen zu artikulieren“ (S. 87 - 88). Er unterstellt jedoch zudem Eckard Conze, dieser würde Verschwörungstheorien verbreiten. Die Thesen in **Schatten des Kaiserreiches** wie auch in zahlreichen anderen Äußerungen Conzes zu dieser Thematik sind zwar oft

haltlos, weil keine wirklichen Belege geliefert werden und es sich wohl um eher persönliche Empfindungen des Marburgers handelt. Der Vorwurf, Conze verbreite Verschwörungstheorien, geht jedoch zu weit.

Das Kapitel *Kontroversen* beginnt Frank-Lothar Kroll mit einem Aufsatz, der einen reißerischen Titel hat: *Von Kammerjägern, Klosterforscherinnen und Stubenjakobiner*innen oder: Das Recht der Hohenzollern*. Der Genderstern dürfte wohl ironisch gemeint sein, Kroll verwendet ihn sonst nie. Zwar ist Kroll zunächst zuzustimmen, wenn er schreibt, es gehe im Kern um „die Rückgabe von Raubgut, das die sowjetische Besatzungsmacht beziehungsweise das von ihr installierte kommunistische Willkür- und Gewaltregime in Ost-Berlin ihren rechtmäßigen Eigentümern nach 1945 entwendet hatten.“ Er spricht auch nicht zu Unrecht von einer „empörungswilligen deutschen Öffentlichkeit“ (S. 91). Kroll verliert jedoch an Fundament, wenn er formuliert: „Von England aus führen zwei deutsche Historiker – die Stubenjakobiner*innen Stephan Malinowski und Karina Urbach – eine regelrechte Kampagne – mit dem Ziel, die Affinität der deutschen (und teilweise sogar der britischen) Aristokratie zum Nationalsozialismus zu entlarven“ (S. 93). Kroll geht jedoch zu persönlichen Angriffen über, wenn er meint, „Malinowski hat dazu ein weiteres Enthüllungsbuch, sein zweites und einziges nach fast zwanzig Jahren akademischen Wirkens, angekündigt“ (S. 93 - 94). Urbach habe einen „Spionagekrimi“ und eine „Publikation zum Kochbuch ihrer Großmutter“ geliefert. Kroll darf Conze und Schlotheuber vorwerfen, „weder durch ein Mitgliedervotum legitimiert noch durch fachliche Expertise ausgewiesen“ zu sein. (S. 94) Seinen Marburger Kollegen als „der mittelhessische Mainstreamhistoriker“ zu charakterisieren, nimmt jedoch ihm selbst mehr Autorität als seinem Kontrahenten und trägt damit nichts zur Debatte bei. Schlotheubers offener Brief an die zuständigen Regierungsmitglieder des Bundes und des Landes Brandenburg, in dem ein „Konsens im Fach“ vorgegeben wird, ist Kroll „Gipfel solch angemäßer Deutungshoheit“ (S. 95). Eine einfache Feststellung, wie falsch Schlotheubers Aussage ist, hätte gereicht. Die Beiträge von Schlie/Weber und Hillgruber/Bender zu lesen, hätte Kroll auch mache Einsicht gebracht. Statt dessen schreibt er: „Sie [die Hohenzollern] verhalfen dem Prinzip der Rechtsstaatlichkeit mit Inkraftsetzung des Allgemeinen Landrechts schon im 18. Jahrhundert zum Durchbruch“ (S. 103). „Und sie [wieder die Hohenzollern] hatten entscheidenden Anteil an den frühen Bemühungen um eine sozial ausgleichende Politik, die der Obrigkeit die Sorge für das Wohl auch und gerade der ärmeren Bevölkerungsschichten zur Pflicht machte“ (S. 104). Darum geht es aber bei der aktuellen Diskussion gar nicht.

Ähnlich problematisch ist der Aufsatz von Michael Wolffsohn *Recht ohne Ethik – der deutsche Hohenzollernstreit*, der ohne Fußnoten auskommt. Er behauptet, das „geschichtswissenschaftliche und politische Niveau“ sei „in den vergangenen Jahrzehnten“ gesunken (S. 107). Etwas irritiert ist man als Historiker über Wolffsohn, selbst Jude, wenn er folgende Parallele zieht: „Sowohl in der frühen Bundesrepublik als auch jetzt wird Raub legalisiert. Damals der Raub an uns Juden und seit 1990 am Adel“ (S. 111).

Peter Brandt und Lothar Machtan haben in ihrem Beitrag *Wer zerstörte die Weimarer Republik? Neue Perspektiven zum Hohenzollernstreit* ebenfalls auf Fußnoten verzichtet. Daß die „mancherorts vermutete Gefahr einer geschichtspolitischen Rückkehr der Hohenzollern als Deutungsmacht in der deutschen Kulturlandschaft“ eine „Fata Morgana“ sei, ist ebenso richtig wie die Feststellung, „das empörte Publikum kennt die lange Vorgeschichte dieser Prätention meist nicht oder nur unzureichend“ (S. 116). Worin darüber hinaus der Sinn des Beitrages von Brandt und Machtan liegt, wird nicht ersichtlich.

Uwe Walter behandelt „verbandspolitisch unerwünschte Klärungen“, dabei wiederholt er die Vorwürfe an Conze und Schlotheuber, denen er Expertenstatus ebenfalls abspricht. Zudem stört er sich wie andere in dem Band auch an der „geschichtspolitisch-publizistische[n] Kommentierung“, die er für „überwiegend von Empörung und moralisierender Schnappatmung geprägt“ hält (S. 126). Walter sieht es als Beleg für die Kultur des Abkanzeln, weil die Zeitschrift **geschichte für heute** dessen Aufsatz, wie er behauptet, nicht drucken wollte, weil Schlotheuber zu sehr kritisiert werde. Nur mit einer Gegendarstellung hätte der Beitrag erscheinen sollen, was Walter ablehnte (S. 121 - 122). Daß die Historikerin so agierte haben soll, verwundert, beansprucht sie doch selbst: „Konkurrierende Sichtweisen auszuhalten und komplexe und widersprüchliche Prozesse der Geschichte zu verstehen ist uns nicht in die Wiege gelegt. Diese Fähigkeiten müssen wir erlernen und als Kultur einüben.“¹⁸ Der Vorwurf von Walter an Conze und Schlotheuber, ohne Ermächtigung eine „Position des VHD zu formulieren“, ist ebenfalls berechtigt. Durch das stetige Wiederholen drängt sich jedoch der Eindruck auf, daß viele Autoren ein und denselben Inhalt immer wieder auf ihre Weise vortragen wollten. Das hätte eine gemeinsame Erklärung auch getan.

Thomas E. Schmidt kritisiert unter der Fragestellung *Geschichte als Strafgericht?* den „geschichtswissenschaftlichen Aktivismus“ in Deutschland und meint: „Diese Historiker camouflieren dann in einer dynamischen Diskurslage ihre Rollenwechsel und setzen ihr Renommee zur Durchsetzung begrenzter politischer Ziele ein.“ Fußnoten hat er jedoch hierfür auch keine.

Der dritte Themenkomplex wird von André Postert eröffnet und ist wieder deutlich gehaltvoller: Sein Thema lautet: *Konservative Eliten, Nationalsozialisten und ihre Wähler. Zur Auseinandersetzung um den Ort des Nationalsozialismus in der deutschen Geschichte und über die Frage, was dem Nationalsozialismus erheblichen Vorschub leistete*. Postert greift hier ein Kernproblem der Hohenzollerndebatte auf: „Die Debatte kreist – konzeptionelle Zugänge und Fragestellungen haben sich über die Jahre mehrfach geändert – stets darum, wie reformfähig oder unfähig, progressiv oder reaktionär, modern oder antimodern das Kaiserreich gewesen ist. Divergierende Auffassungen haben gravierende historiografische Konsequenzen, weil jeweils

¹⁸ **Die Kunst des Mitredens** : ein Lehrstück über das Verhältnis von Geschichte und Politik : Zur Historikerdebatte um die Hohenzollern im Nationalsozialismus / von Eva Schlotheuber. // In: Frankfurter Allgemeine. - 2022-01-22: <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/warum-die-offenheit-in-historischen-debatten-wichtig-ist-17744679.html>

der Ort des Nationalsozialismus in der deutschen Geschichte unterschiedlich bestimmt werden muss“ (S. 144). Er geht dann auf die Politik der letzten Kanzler der Weimarer Republik seit Hermann Müller ein und bilanziert richtig: „Der Nationalsozialismus mag ohne Prädispositionen, konkrete Vorläufer und völkische Vordenker im Kaiserreich schwer zu erklären sein. Ohne Demokratie ist er es aber auch nicht“ (S. 164).

Hierauf folgt der Aufsatz von Hans-Christof Kraus *Deutschlands doppelte Niederlage und die Hohenzollern*. Kraus bringt wieder an, es könne „keinem Zweifel unterliegen, dass sich der Kronprinz und ebenfalls sein jüngerer Bruder August Wilhelm den Nationalsozialisten auf eine fatale Weise angebietet haben“ (S. 168). Er führt auch nochmals an, „Kronprinz Wilhelm hatte bereits vor dem Ersten Weltkrieg mehr als nur einen öffentlichen Skandal von politischer Dimension verursacht, womit er seinem Ansehen bei großen Teilen der deutschen Bevölkerung schweren Schaden zufügte“ (S. 169). Allerdings fehlen hier ebenso wirkliche Expertisen, in welchem Umfang diese als Skandale gewerteten Verhaltensweisen in der Bevölkerung überhaupt wahrgenommen wurden.

Zu den gewinnbringenden Teilen des Buches zählt hingegen wieder der dann folgende Aufsatz von Benjamin Hasselhorn über *Symbolisches Kapital*, der Überlegungen zum „Hohenzollern-Charisma“ nach 1918 thematisiert. Das Charisma der Dynastie ist für Hasselhorn ein entscheidender Faktor in der Hohenzollerndebatte. Dabei kann er die intensive Kommunikation von Kaiser Wilhelm II. mit der Öffentlichkeit sowie auch dessen Scheitern anführen, wofür ihm der gescheiterte „Wilhelm-der-Große-Mythos“ überzeugendes Beispiel ist (S. 182). Auch Hasselhorn geht von einem „Kapitalverlust“ bei Kaiser und Kronprinz schon vor 1914 aus. (S. 182 - 183). Daß dies dann für die Weimarer Republik um so mehr galt, versucht er am Fallbeispiel der Fürstenenteignung aufzuzeigen. Noch weniger sei nach dem Thronverlust der Aufbau von neuem „symbolischen Kapital“ gelungen, wodurch gar nicht das Potential für „erheblichen Vorschub“ vorgelegen habe. Hasselhorn räumt ein: „Die hier angestellten Überlegungen können die bislang fehlende systematische Untersuchung eines Hohenzollern-Charismas nach 1918 nicht ersetzen“ (S. 206). Der Autor ist auch einer der wenigen in dem Band, der nach vorne blickend eine konkrete Aufgabe für das weitere Vorgehen der Geschichtswissenschaft präsentieren kann: „Hierzu müssten insbesondere umfassende Auswertungen der Presseerzeugnisse der Weimarer Republik sowie der erhaltenen Ego-Dokumente und Briefe erfolgen. Was bislang bekannt ist, spricht dafür, dass das Verhalten von Kaiser und Kronprinz während des Krieges und vor allem im November 1918 das symbolische Kapital der Familie Hohenzollern aufgebraucht, ihr persönliches Charisma stark vermindert und dem familiären Erbcharisma erheblichen Schaden zugefügt hatte. Und dennoch konnten die Reste dieses Charismas in politischen Ausnahmesituationen und vor allem bei anderen Familienangehörigen eine gewisse Wirkung entfalten“ (S. 206).

Rüdiger von Voss möchte sich auf die „Suche nach einem gerechten Urteil“ über den Kronprinzen machen. Neben dem langweilig gewordenen Vorwurf an Conze wiederholt er Hitlers ablehnende Haltung gegenüber den Hohen-

zollern. Im Gegensatz zu Schlie und Weber dient ihm hier nicht das Verbot einer Berichterstattung über den 75., sondern den 80. Geburtstag des Kaisers im Exil als ein Beispiel (S. 220). Damit ist aber keine Erkenntnis über die Haltung des Kronprinzen gewonnen. Dies gilt auch für die anderen Beispiele, die Voss anführt. Der Autor behauptet auch, „dass es in keiner der bedeutenden Hitler-Biographien Ausführungen zu einer politisch bedeutenden Rolle oder zu Mitwirkungen des Kronprinzen oder gar der Familien Hohenzollern als politischen Machtfaktoren im Prozess der Machtergreifung gibt“ (S. 211). Als Belege führt er aber nur die Arbeiten von Joachim Fest und John Toland an, abgesehen davon, daß dies auch kein Entlastungsargument für Wilhelm ist. „Diejenigen, die sich um eine gerechte Beurteilung auch der Fehler und Irritationen des Kronprinzen Wilhelm im politischen Geschehen seiner Zeit bemühen, verdienen“, wie sich Voss auf Benjamin Nathan Cardozo bezieht, einst Richter am Obersten Gerichtshof der Vereinigten Staaten, „ein besonderes Gehör, fernab vom Gezänk derjenigen, die sich von Vorurteilen und voreiligen Urteilen oder Vorverurteilungen treiben lassen“ (S. 228). So schreibt Voss, belegen und damit beitragen kann er aber damit zur Diskussion nichts.

Im vierten Teil liefert Peter Hoeres den lesenswerten Überblick *Das Kaiserreich und sein letzter Kaiser in der Kontroverse*. Er zieht einen Bogen von Carl Schmitt, Gerhard Ritter, Ernst Rudolf Huber, Hans-Ulrich Wehler, Golo Mann, John Röhl bis zu Heinrich August Winkler. Hoeres kritisiert zudem zu Recht problematische Äußerungen aus der Bundespolitik. Etwa, wenn Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier behauptet, die Juden hätten im Deutschen Kaiserreich als „Reichsfeinde“ gegolten (S. 247).

Oliver F. R. Haardt möchte *Missverständnissen und Kontinuitäten* in seinen *Verfassungsgeschichtliche Überlegungen* aufzeigen. Inhaltlich treffen Haardts Aussagen alle zu. Unklar ist aber, bei wem die von ihm vermeintlich aufgedeckten Mißverständnisse vorliegen sollten, handelt es sich doch mehrheitlich um bekannte Sachverhalte. Etwa, wenn Haardt meint, aufzudecken: „Vielmehr entstand sie [die Reichsgründung] in mehreren Schritten, die sich von der Auflösung des alten Deutschen Bundes im Sommer 1866 bis zur Annahme der finalen Version der Reichsverfassung durch den Reichstag im April 1871 hinzogen“ (S. 258).

Rainer F. Schmidt nimmt sich noch einmal das Buch von Conze vor. Sein Beitrag lautet: *Ein Schattenwurf in der deutschen Geschichte? Eine Auseinandersetzung mit den Thesen von Eckart Conze zum Kaiserreich*. Zusammengefaßt mag auch Schmidt das Buch von Conze nicht und dafür kann er manche Gründe anführen. Doch geschieht dies in einem außerordentlichen Erzählstil, etwa wenn Schmidt schreibt, der „Todeskampf“ des Kaiserreiches „wurde in einer kalten und düsteren Oktobernacht eingeläutet“ (S. 281).

Im fünften Teil *Vergleichsperspektiven* beginnt noch einmal Frank-Lothar Kroll, diesmal über die Hohenzollernrestitution im europäischen Vergleich. Andreas Fritsches Kritik an Kroll ist berechtigt, da hier ein sehr hohes Bild von einem sozialen Engagement der Mitglieder der abgesetzten Herrscherhäuser gezeichnet wird: „Der Blick auf Deutschlands südöstliche Nachbarn verdeutlicht allemal, dass ehemalige Königshäuser auch in republikanisch

verfassten und demokratisch regierten Staatswesen gute Dienste für das Wohl des gesellschaftlichen Ganzen leisten können“ (S. 333). Nach einem Beitrag von Hans Ottomeyer *Vom wahren Wert der Kunst* ohne Fußnoten liefert Björn Thümler die Sicherung des Schlosses Marienburg als Fallbeispiel für den Umgang mit dynastischem Kulturerbe in der demokratischen Gesellschaft. Den Kapitelabschluß bildet Michael Sommer mit einer Schilderung der *Geschichtsschreibung und Geschichtspolitik in der römischen Kaiserzeit*.

Den Abschluß des Bandes bilden drei Gespräche, die dem Wortlaut nach wiedergegeben wurden. Benjamin Hasselhorn interviewte Horst Möller sowie Thomas Brechenmacher und Tita von Hardenberg Lothar Machtan. Inhaltlich kommt einem, hat man das Buch bis dahin gelesen, zwar vieles bekannt vor, unterhaltsam zu lesen sind die drei Konversationen allemal.

Als Bilanz über das Buch kann zum einen festgehalten werden, daß die Aufsätze von Ulrich Schlie und Thomas Weber, Christian Hillgruber und Philipp Bender sowie von Benjamin Hasselhorn sehr bereichernd sind, um für den Forschungskomplex sensibilisiert zu werden sind, auch zum Teil Anregungen für zukünftige Aufgaben der Wissenschaft geben. Zum anderen wurde tatsächlich mit Polemik nicht gespart. Wenn auch die angebrachte Kritik berechtigt erscheint, die Art ist es nicht immer und eventuell bewirken die Autoren damit das Gegenteil vom Erhofften. Langweilig hingegen ist das Buch auf keinen Fall, sondern eine belehrende und bisweilen auch erheiternde Lektüre über die aktuelle BRD-Diskussionskultur und deren Defizite.

Angegriffen wurden manche der Beitragenden schon im Vorfeld, wie etwa Benjamin Hasselhorn, dem eine neurechte bis rechtsextreme Gesinnung angedichtet wurde. Hasselhorn hatte als Experte der CDU vorgetragen, eben weil Geschichte unterschiedlich interpretiert werden kann, sei hier auch kein alleingültiges Urteil abzugeben.¹⁹ „Das reichte schon aus, sodass er sich in einem Gastbeitrag der Süddeutschen Zeitung dem Vorwurf ausgesetzt sah, er pflege Verbindungen zur Neuen Rechten, sei Teil eines rechtsradikalen Uni-Netzwerks.“ So kritisiert André Postert, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Hannah-Arendt-Institut, richtig. Und er schreibt zutreffend weiter: „Es gibt wenig, was im akademischen Milieu rufschädigender wirkt, als nach weit Rechtsaußen abgedrängt zu werden. Es wird am Ende nicht einmal geprüft oder hinterfragt.“ Seine Bilanz über die Reaktion auf Hasselhorn lautet daher korrekt: „Hier geht es längst nicht mehr um Erkenntnis und wissenschaftlichen Diskurs allein, sondern um die politische Deutungshoheit, die sich mitunter als Konsens verkleidet.“²⁰ Dieses Zitat ist deswegen wichtig, weil die Bilanz von Hasselhorn auch letztlich die einzige ist, die die Geschichtswissenschaft über die Hohenzollerndiskussion fällen

¹⁹ ***Rolle des Kronprinzen Wilhelm von Preußen im Urteil von Historikern:***

<https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2020/kw05-pa-kultur-hohenzollern-677910>

²⁰ ***Historikerstreit um Hohenzollern - Geschichte vor Gericht*** / André Postert. //

In: Cicero : Magazin für politische Kultur. - 2020-09-17:

<https://www.cicero.de/kultur/preussen-hohenzollern-rueckgabe-nationalsozialismus-historikerstreit-gericht>

kann: Es sind aufgrund der Quellenlage unterschiedliche Auffassungen möglich, die reale Wirkung des Kronprinzen auf das Wahlverhalten der Bevölkerung ist nicht meßbar und daher kann eine Untersuchung in der Geschichtswissenschaft nicht wie ein Gerichtsurteil in Kategorien „schuldig“ oder „nicht schuldig“ dastehen. Diese Sicht mag monarchisch oder gar rechtsradikal finden wer möchte, die Erkenntnis bleibt doch.

Somit bleibt noch ein Blick in die Zukunft der Forschung sowie damit dem Umgang mit dem Kaiserreich als historischem Erbe der Deutschen. Hier soll die Stellungnahme der Historikerin Claudia Christiane Gatzka einen Denkanstoß geben: „Ross und Reiter klar zu benennen, den Einfluss diverser parallel ablaufender Prozesse zu gewichten, Machthierarchien und Durchsetzungschancen mitzubedenken – diese Operationen führen zu geschichtswissenschaftlichen Befunden, die klarer sind als ‚Ambivalenz‘ oder ‚Differenziertheit‘, und für die sicherlich auch das Publikum der Public History reif ist. Die Voraussetzung dafür ist der Abschied vom ‚Kaiserreich‘ – nicht als Gegenstand, sondern als einem historischen Subjekt, das es zu benoten gilt.“²¹

Tobias Hirschmüller

QUELLE

Informationsmittel (IFB) : digitales Rezensionsorgan für Bibliothek und Wissenschaft

<http://www.informationsmittel-fuer-bibliotheken.de/>

<http://informationsmittel-fuer-bibliotheken.de/showfile.php?id=11482>

<http://www.informationsmittel-fuer-bibliotheken.de/showfile.php?id=11482>

²¹ **"Das Kaiserreich" zwischen Geschichtswissenschaft und Public History /** Claudia Christiane Gatzka. // In: Merkur : deutsche Zeitschrift für europäisches Denken. - Nr. 866 (2021, Juli), S. 5 - 15, hier S. 15.